



Mitteilungsblatt des Andreas Hofer Bund e.V.



Delegation im Außenministerium

Am 23. April 2018 besuchte eine Delegation vom Andreas Hofer Bund Tirol mit Ing. Winfried Matuella, der Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland mit Hermann Unterkircher und der Delegationsleiter Alois Wechselberger MAS von der Liste Tirol, der auch das Memorandum ausarbeitete, und Paolo Primon, Hptm Schützenkompanie Major Giuseppe De Betta das Außenministerium in Wien, in der Sache Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler. Der Besuch war sehr informativ und auch erfolgreich. Ein ausführlicher Bericht ist in der Seite des AHB e.V. Seite AHB Tirol zu lesen.

Memorandum

Gesprächstermin mit Frau BM Mag. Dr. Karin Kneissl am Montag, dem 23. April 2018 mit Vertretern. Alt Tyroler Schützen-Andreas Hofer Liste Tirol – überparteiische Plattform für Tirol Andreas Hofer – Bund

Tirol, Andreas Hofer Bund e.V. Schützenkompanie Major Giuseppe De Betta. Die hier anwesenden Personen: **Johann Moser, Alois Wechselberger MAS, Ing. Winfried Matuella, Hermann Unterkircher und Paolo Primon repräsentieren überparteiliche Organisationen**, die teilweise seit Jahrzehnten auf unterschiedlicher Art und Weise eine politische, soziale und kulturelle Annäherung Südtirols mit dem Vater- und Mutterland Österreich unterstützen. Sie bringen sich darüber hinaus auch für Minderheiten- und Volksgruppenfragen für Angehörige der deutschsprachigen Alt-Österreicher ein. Etwas mehr als ein Drittel aller gesammelten Unterschriften für die Unterschriftenaktionen „Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler“ wurden nachweislich durch die Alt Tyroler Schützen-Andreas Hofer, die Liste Tirol und den Andreas Hofer Bund in Österreich und Deutschland gesammelt. Wir betrachten uns als überparteiliche Speerspitze, um auf friedlich demokratischem Wege das bis heute fortbestehende Unrecht gegenüber unseren Südtiroler Landsleuten abzumildern. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker gilt uns als Vorbild und Wegweiser.

Doppelstaatsbürgerschaft

Das Bemühen um die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler ist kein parteipolitisches oder sonstiges ideologisches Anliegen, es gründet vielmehr auf dem Gedanken, bestehendes Unrecht abzumildern. Mit der Erlangung der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler gelten für deren Inhaber dieselben Bürgerrechte und -pflichten, wie diese andere österreichische Staatsbürger bereits innehaben.

Personenkreis/territorialer

Bereich:

Südtiroler deutscher und ladinischer Muttersprachen (i. S. der Sprachgruppenerhebung /Erklärung zur Volksgruppenzugehörigkeit). **Erörterung hinsichtlich Einbindung der deutschsprachigen und ladinischen Bevölkerung in Welschtirol (Trentino), Belluno, und Veneto.** Anzumerken ist, dass in der Vergangenheit durch italienische Gebietsreformen Teile Südtirols an die Lombardei und Venetien (Belluno) „verloren“ gingen. Die deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerungsgruppen in den vorhin genannten Gebieten sind in die Doppelstaatsbürgerschaft einzubinden. Eine Sonderstellung bilden die noch bestehenden deutschen Siedlungsgebiete der **Zimbern** und der **Kanaltaler** (Großraum Tarvis), denen wir ebenfalls die Doppelstaatsbürgerschaft nicht verwehrt sehen wollen. In Europa (Deutschland, Ungarn, Italien usw.) gibt es eine Vielzahl von Staaten, die Doppelstaatsbürgerschaften gewähren; darunter befinden sich auch mehrere Staaten, die einst das **Europarats-Abkommen** zur Vermeidung von Doppelstaatsbürgerschaften unterzeichnet bzw. dieses wieder

aufgekündigt haben. Wie sieht die weitere Vorgangsweise seitens der Koalitionsregierung aus?

Prozedere im Parlament.

Gesetzesänderung (StbG), etc. Wie will man mit politischen Störmanövern aus Italien, der EU und durch bremsende Repräsentanten von ÖVP (Andreas Khol, Franz Fischler) und SVP (Arno Kompatscher) umgehen? Welche politischen Maßnahmen wurden bzw. werden seitens der Regierung getroffen, hinsichtlich der Überzeugung von skeptischen oder pro-italienisch orientierten Parteien (bspw. SPÖ, NEOS, LISTE PILZ und italienische Lobbyisten innerhalb der ÖVP), um für die Doppelstaatsbürgerschaft einen größtmöglichen **Konsens im Parlament** zu finden? Wird es ein **Zeitfenster für die Südtiroler zu Beantragung der Staatsbürgerschaft** geben, oder – und dies befürworten wir ausdrücklich – wird es zu einem späteren (unbefristeten) Zeitpunkt möglich sein, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen? Wann ist einer **Gesetzesinitiative im Parlament** vorgesehen und in welcher Zeitspanne ist mit der Umsetzung der „Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler“ zu rechnen? Wie sehen die einzelnen Maßnahmen bei der Umsetzung und Vergabe der Dokumente aus? Welche Stellen/Behörden werden auf dem Gebiet Südtirols österreichische Dokumente ausstellen und zu welchen Kosten? Wie wird die politische Mitbestimmung (passives und aktives Wahlrecht) bei Landtags-, National- und Europa-Wahlen sichergestellt?

Autonomie und Selbstbestimmungsrecht

Ohne Zweifel ist die Autonomie von hoher Bedeutung,

deren Schutzfunktion für das Überleben der deutschen und ladinischen Bevölkerung von immenser Bedeutung.

Ist. Gleichwohl muss festgehalten werden, dass die Südtirolautonomie in vielen Bereichen mangelhaft ist (u. a. unzureichende Sicherstellung der Zweisprachigkeit im öffentlichen Bereich, fortlaufende Aushöhlung der Steuerhoheit, usw.), daher einer fortlaufenden Evaluierung/Verbesserung bedarf. Selbst eine Autonomie wie auf den dänischen Färöer-Inseln würde für Südtirol keinen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht rechtfertigen. Wir lehnen auch die These der SVP (Anmerkung: LHptm. Kompatscher) ab, dass durch die Südtirol-Autonomie das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler innerstaatlich verwirklicht sei. Die Option der (friedlichen) Wiedervereinigung Südtirols mit dem übrigen Tirol und Österreich muss weiterhin sichergestellt werden.

Offene Frage – Welschtiroler/Trentiner und die Doppelstaatsbürgerschaft

Die offen geführte Diskussion um die Doppelstaatsbürgerschaft für deutsch- und ladinischstämmige Südtiroler hat auch Erwartungen in der Provinz Trient -Welschtirol (Trentino) - geweckt. Das heutige Trentino wurde zurzeit der Monarchie als „Südtirol“ bzw. Welschtirol bezeichnet. Vor 1920 betrug der deutsche Bevölkerungsanteil im heutigen Trentino etwa 30 Prozent. Welschtirol war Bestandteil der Gefürsteten Grafschaft von Tirol und ist gegenwärtig Teil der Europaregion Tirol. Die Verbundenheit der Welschtiroler mit Tirol und Österreich drückt sich auch heute noch in

verschiedenen sozial-politischen und kulturellen Vereinigungen aus. Es ist unbestritten, dass auch unter den italienischsprachigen Trentinern der Wunsch besteht, die österr. (Doppel-)Staatsbürgerschaft zu erlangen. Diese sogenannte „Trentiner-Frage“ sollte zumindest im Rahmen der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler berücksichtigt und gewürdigt werden.

Diskussionsabend in Innsbruck zum Thema „Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler!“

Im Zusammenhang mit der Frage der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler wollen wir im Laufe des heurigen Jahres einen Diskussionsabend in Innsbruck veranstalten, zu der wir Frau Bundesminister Mag. Dr. Karin Kneissl als Hauptreferent herzlich einladen. In dieser Angelegenheit ersuchen wir um ehestmögliche Rückmeldung, inkl. zeitgerechtem Terminvorschlag, um die organisatorischen Maßnahmen einleiten zu können.

Italianisierung/Toponomastik und Faschismus:

Ungeachtet anderslautender Aussagen der SVP (Kompatscher) und italienischer Offizieller ist die Italianisierung/Toponomastik-Frage in Südtirol ungelöst. Die Italianisierung Südtirols ist nicht zurückgedrängt, sie ist allgegenwärtig und wird durch die Zuwanderung von Migranten, die dem Italienischen gegenüber dem Deutschen den Vorzug geben, verstärkt. Die Toponomastik-Frage ist trotz „weltbesten Autonomie“ ungelöst. Künstliche italienische Orts- und Flurnamen halten sich seit dem Mussolini-Faschismus. Die Toponomastik-Frage geht zulast-

ten der kulturellen Identität von Land und Leuten, sie geht zu Lasten der autochthonen deutschen und ladinischen Bevölkerung. Diese aufgezwungene, künstliche Italianität wird durch umtriebigen Italo-Faschismus, eine Art von Nationalismus und Faschismus, der in Österreich und Deutschland zurecht auf das Schärfste verfolgt wird, bestärkt. Der Umgang der italienischen Politik mit dem Faschismus und die teilweise öffentliche Verherrlichung von Mussolini schlagen sich immer auch noch architektonisch nieder (Beinhäuser, Siegesdenkmal usw.). Der Italo-Faschismus ist nicht nur in Stein gehauen, er ist auch lebendig in Äußerungen italienischer Politiker gegenüber den ethnischen Minderheiten und Migranten in Italien. Gerade was die aufkeimende Intoleranz gegenüber Minderheiten angeht, was die falsch verstandene Toleranz der italienischen Politik und Öffentlichkeit angeht, sollte das offizielle Österreich gegenüber Rom kritisch Stellung beziehen.

Politisch-rechtliche Lage der Südtirol-Aktivisten.

Personen, die sich in verschiedener Form als Südtirol-Aktivisten betätigt haben, deren strafrechtliche Schuldlosigkeit von unabhängigen österreichischen und (bundes-)deutschen Gerichten bestätigt wurde, sind nach wie vor der italienischen Strafverfolgung ausgesetzt. Für einige Personen gilt Einreiseverbot, bzw. würden diese Personen beim Übertreten des Brenners der italienischen Verfolgung ausgesetzt sein. Die österreichische Bundesregierung, namentlich das Auswärtige Amt, wird ersucht, sich mit Italien um menschliche Lösun-

gen zu bemühen, ohne dass dabei die Würde und das Ansehen der betroffenen ehemaligen Südtirol-Aktivisten beschädigt wird. Ein „Schuld“ Eingeständnis ohne Strafverfolgung oder eine „Begnadigung“ durch italienischen Behörden ist allerdings auszuschließen. Im Falle des ehemaligen Südtirol-Aktivisten Prof. Dr. Erhard Hartung ersuchen wir Frau Außenminister Mag. Dr. Karin Kneissl, diesem und dessen Rechtsvertreter einen persönlichen Termin zu gewähren, damit dieser seine Anliegen direkt vortragen kann. Wir ersuchen in diesem konkreten Fall um Bekanntgabe eines Gesprächstermins.

Volkgruppen und Minderheitenrechte und Restitution/Entschädigung.

Seit 1945 hat sich Österreich unzureichend für den persönlichen und kollektiven Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung auf dem Gebiet der ehemaligen Monarchie eingesetzt. Bereits kurz nach der Zerschlagung der Monarchie bzw. der Zerkleinerung der Republik Österreich 1919 begann der blutige Leidensweg von rd. 6 Millionen deutschsprachigen Alt-Österreichern. Höhepunkt des Genozids waren der Massenmord und die Vertreibung (bis hin zu Assimilation und Spätaussiedlung) von Millionen Alt-Österreichern aus den Gebieten der heutigen Staaten Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Polen und Rumänien. Den vertriebenen Alt-Österreichern wurde nur halbherzig Anteilnahme durch das offizielle Österreich zuteil. Die Vertreiberstaaten haben sich zu ihrer Schuld bis heute – wenn überhaupt –

nur halbherzig geäußert. Eine Restitution oder Entschädigung privaten Eigentums der vertriebenen und in der Heimat verbliebenen altösterreichischen Bevölkerung ist bis dato nicht erfolgt, dies obwohl wir in einem „gemeinsamen Europa“ leben. Bis heute gibt es für die verbliebene deutschsprachige Bevölkerung in den Vertreiberstaaten keinen annähernden Volksgruppenschutz, von finanzieller und sonstiger politischer Unterstützung ganz zu schweigen. Wir ersuchen daher die österreichische Bundesregierung, ernsthafte und zielorientierte Gespräche zu führen, um die Fragen der Entschädigung, des Minderheiten- und Volksgruppenschutzes, sowie der finanziellen und kulturellen Unterstützung durch Österreich und den jeweiligen Vertreiberstaaten sicherzustellen. Am Beispiel Slowenien ist festzumachen, dass es bis auf ein „Kulturabkommen“ keine Rechte für die noch im Land lebenden „Deutschstämmigen“ (je nach Definition handelt es sich hierbei um 2.500 bis 5.000 Deutsche und Altösterreicher) gibt. Das „Kulturabkommen“ besteht nur auf dem Papier, von einem Volksgruppen- und Minderheitenschutz, selbst von muttersprachlichem Unterricht oder von finanzieller staatlicher Unterstützung kann nicht gesprochen werden.

Wir ersuchen Sie, Frau Bundesminister, als Mitglied der Österreichischen Bundesregierung gegenüber Laibach ernsthafte und zielführende Gespräche zugunsten eines Volksgruppenschutzes für unser Landsleute in Slowenien (Marburg, Gottschee usw.) zu führen, sowie das Thema Restitution und

Entschädigung auf die Tagesordnung zu bringen, gegebenenfalls auch die Europäische Union oder andere internationale Gremien um Unterstützung zu ersuchen.

Innsbruck, Wien, am 23. April 2018,

Johann Moser, Hptm Alt Tyroler Schützen-Andreas Hofer; Alois Wechselberger, MAS Vorsitzender LISTE TIROL; Ing. Winfried Matuella, Obmann Andreas Hofer-Bund Tirol; Hermann Unterkircher

Bundsvorsitzender Andreas Hofer Bund e.V.; Paolo Primon, Hptm Schützenkompanie Major Giuseppe De Betta.

✱

„25. April - ein Grund zum Nachdenken“

Der 25. April ist für uns Südtiroler eigentlich der 3. Mai und kann wohl nicht als „Tag der Befreiung“ gefeiert werden. Der 3. Mai ist ein Tag an dem uns das Selbstbestimmungsrecht zum zweiten Mal durch bewusstes Verfälschen von Tatsachen vorenthalten wurde. Es wird Zeit die Geschehnisse von damals und die Folgen für dieses Land aufzuarbeiten!

Den 25. April nur als Tag der Befreiung zu feiern wird den Geschehnissen jener Zeit nicht gerecht.

In Südtirol muss daran erinnert werden, dass der 25. April auch der Tag war, an dem die italienische Herrschaft über unser Land zurückkam. Damit wurde das demokratische Selbstbestimmungsrecht erneut verweigert und das Unrecht der Landesteilung weiter Bestand.

Bereits 1943 wurde das italienische Befreiungskomitee CLNAI in Südtirol aktiv. Dieser importierte Widerstand wollte nicht

nur der Demokratie zum Sieg zu verhelfen sondern hatte das klare Ziel Südtirol für Italien für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg zu sichern. Und zwar mit allen Mitteln auch mit dem der Gewalt.

Hätten sich die Südtiroler tatsächlich in einer freien demokratischen Abstimmung ihren politischen Status bestimmen können, sähe heute vieles anders aus.

Die Einseitigkeit der Betrachtung durch das offizielle Südtirol kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Kräfte nicht im Sinne der ansässigen Bevölkerung handelten und wenige Stunden vor dem Einmarsch der Alliierten für vollendete Tatsachen schufen.

Was sie wirklich im Sinn hatten zeigte sich sehr schnell:

Bereits Ende 1946 waren über 90 Prozent der öffentlichen Stellen wieder von Italienern besetzt, in vielen Fällen auch von ehemaligen Faschisten.

Umgehend wird die italienische Massenzuwanderung, die 2 Jahre unterbrochen war, fortgesetzt. Bis in die 70er Jahre hinein betreibt Italien eine offene minderheitenfeindliche Politik. Deutsch Südtiroler werden in allen Bereichen benachteiligt und zum Teil schikaniert. Mit allen schmerzhaften und traumatischen Folgen die in den 60er Jahren ihren tragischen Höhepunkt fanden.

Im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung war der 25. April nie ein Tag der Befreiung. Zu recht!

Es täte diesem Land gut das Ende des 2. Weltkrieges differenzierter zu betrachten. Dazu müssten aber die nationalistischen Attitüden des Zentralstaates beiseitegeschoben werden

und Südtirols offizielle Politik endlich couragierter auftreten und sich nicht in die Konformität der Betrachtung jener Tage zwingen lassen.

Arno Mall, Freiheitlicher Bezirksobmann des Unterlandes

✱

„Muttersprache gilt beim Ausstellen von Befunden!“ Deutsche Sprache wird diskriminiert. Die freiheitliche Fraktionssprecherin im Südtiroler Landtag, Ulli Mair, verweist auf zahlreiche Beschwerden von Bürgern, welche in Südtirols Krankenhäusern ihre Befunde nicht in der Muttersprache ausgehändigt bekommen. Deutsche Südtiroler müssen sich mit italienischen Befunden begnügen, obwohl dies gegen geltendes Recht verstößt.

„Das Autonomiestatut und das Dekret des Präsidenten der Republik vom 15. Juli 1988, Nr. 574 garantiert gesetzlich, dass in der Region die deutsche Sprache der italienischen Sprache, die die amtliche Staatssprache ist, gleichgestellt ist“, unterstreicht die freiheitliche Fraktionssprecherin im Südtiroler Landtag in einer Aussendung einleitend. „Dies gilt bei allen Behördengängen und öffentlichen Einrichtung. Auch für die ausgestellten Befunde in den Krankenhäusern gilt dieser Grundsatz und darf nicht verletzt werden“, betont Mair.

„Seit einiger Zeit häufen sich die Hinweise der Bürger, dass gegen das muttersprachliche Prinzip beim Ausstellen der Befunde verstoßen wird. Vielfach seien die Befunde von ärztlichen Visiten nur in italienischer Sprache verfügbar, obwohl die Patienten eindeutig der deutschen Volksgruppe zuzu-

rechnen sind“, kritisiert Ulli Mair. „Dieser Missstand darf nicht weiter geduldet werden und gehört behoben, zumal er geltendem Gesetz widerspricht“, wettet die freiheitliche Fraktionssprecherin. „Alle Bürger unseres Landes sind aufgefordert, sich auf das Dekret Nr. 574 zu berufen und gegebenenfalls Zuwiderhandlungen bei den Behörden zu melden. Schließlich handelt es sich um eine eklatante Diskriminierung der deutschen Sprache, die nicht so hingenommen werden darf“.

Ulli Mair; freiheitliche Abgeordnete zum Südtiroler Landtag

*

Urlaubsgrüße mit dem Duce: Würde man in Deutschland auch unter dem Hakenkreuz posieren?

Eine Delegation der Bayerischen Museumsakademie war unlängst auf Studienreise in Süd-Tirol, um die hiesige Museenlandschaft kennenzulernen. In Bozen wurde die Gruppe der „fachkundigen Führung“ des Grünen-Historikers Hannes Obermair anvertraut, der sie zum Mussolini-Relief am Gerichtsplatz und ins Kellermuseum unter dem Siegesdenkmal leitete. Dass dabei wieder einmal eine verantwortungslose Relativierung des Faschismus erfolgte, läßt sich aus der Abgeschmacktheit erkennen, dass die Gäste zum Erinnerungsphoto unter den faschistischen Liktorenbündeln des Siegesdenkmals gruppiert wurden. Frei nach dem Motto: Urlaubsgrüße mit dem Duce aus Bolzano...

Was würde wohl passieren, wenn in Deutschland eine Studiengruppe vor ein Hakenkreuz

geführt würde, um dort lachend Erinnerungsphotos zu schießen? Ein Schrei der Entrüstung würde durch das Land gehen. Journalisten und Historiker würden so ein Verhalten als respektlos und unverantwortlichen Umgang mit der Geschichte bezeichnen. In Süd-Tirol ist so etwas aber offenkundig der ganz normale Wahnsinn.

Das Siegesdenkmal verherrlicht den Tod von Millionen Menschen und stellt eine nationalistische Demütigung der Süd-Tiroler Bevölkerung dar. Gerade von einem Historiker sollte man sich die notwendige Sensibilität erwarten können, dass die Insignien des faschistischen Terror-Regimes als Photokulisse gänzlich ungeeignet sind.

L.-Abg. Sven Knoll, Süd-Tiroler Freiheit.

Der Andreas Hofer - Bund Tirol informiert: Man möchte doch glauben, dass nach dem bundesdeutschen und österreichischen Demokratieverständnis es eine völlig absurde Vorstellung wäre, dass ein Staat mit öffentlichen Geldern ein noch von Hitler errichtetes Siegesdenkmal konservatorisch (mit Unterstützung der SVP und CSU) unterhalten würde. Die Delegation der Bayerischen Museumsakademie scheint hier anderer Ansicht zu sein und postieren sich unter dem faschistischen Liktorenbündel.

Ing. Winfried Matuella, Obmann Andreas Hofer Bund Tirol

*

Als eine Geschichtslüge bezeichnen die beiden BürgerUnion-Funktionäre, Dietmar Zwerger und Stefan Taber, den Tag

der Befreiung vom Faschismus am 25. April. "Solange Südtirol immer noch vollgepflastert mit faschistischen Symbolen ist an denen Kranzniederlegungen stattfinden, hat dieser Tag keinerlei Bedeutung," so Parteiobmann-Stellvertreter Zwerger und Generalsekretär Taber.

"Die vielen faschistischen Relikte zeugen von einer versäumten Politik und zeigen auf, dass die Befreiung des Faschismus noch nicht überall angekommen ist," so Zwerger in einer Aussendung der BürgerUnion.

"In einem Land, in dem bei sportlichen Ereignissen die Mussolini-Fahne in den Himmel gestreckt wird, durch Fan-Chöre die Tiroler verspottet werden, Kränze an Faschistentempel feierlich niedergelegt werden, auf dem Gerichtsplatz ein Duce hoch Ross den römischen Gruß praktiziert und wo ein Kapuziner-Wastl an den "Sieg" über hunderttausend durch Giftgas getöteten Abessinier erinnern soll, ist ein Tag der Befreiung an Doppelmoral kaum zu übertreffen. Enttäuschend, dass wir in der heutigen Zeit nicht weiter sind," so Stefan Taber.

Die BürgerUnion fordert in einer Aussendung die Schleifung aller faschistischen Relikte in Südtirol. "Erst wenn alle faschistischen Tempel und Erinnerungen auf Südtiroler Boden verschwunden sind, kann ein echter "Tag der Befreiung" gefeiert werden und nicht dieser Scheintag wie aktuell", schließen die beiden Funktionäre.

*

Grüne wollen deutsche Sprache mit Nazikeule an den Rand drängen!

Das Plakat der Süd-Tiroler Freiheit, mit dem die Bewegung

Vorrang für deutsche Kinder in deutschen Kindergärten fordert, hat bei den Grünen polemische und unqualifizierte Reaktionen ausgelöst. Cristian Kollmann, Bozner Ortssprecher der Süd-Tiroler Freiheit und Sprachwissenschaftler, zeigt sich wenig überrascht.

Er schreibt: „Die Südtiroler Grünen zeigen einmal mehr ihr mehrsprachimperialistisches und antideutsches Gesicht! Offenbar wollen die Grünen den deutschsprachigen Kindern das Recht auf einen Platz im deutschen Kindergarten absprechen und jenen, die dieses Recht einfordern, mit dem Vorwurf der ‚sprachlichen Säuberung‘ sowie, in einem zweiten Schritt, der ‚ethnischen Säuberung‘ diskreditieren! Ungeheuerlich!“

Erneut wird, so Kollmann, klar, worum es den Grünen eigentlich geht: „Um gemischtsprachige Kindergärten und somit um die sprachliche Kontamination, und zwar auf dem Rücken der deutschsprachigen Kinder! Die ideologisch bornierten Grünen träumen regelrecht pathologisch von einem altoatesinischen Einheitsnirwana. Zwecks Verwirklichung des grün-altoatesinischen Traumes sind sie, unter dem Deckmantel der Vielfalt, Mehrsprachigkeit und Globalität, regelrecht besessen davon, die deutsche Sprache mit der Nazikeule an den Rand zu drängen und somit den Minderheitenschutz langfristig obsolet zu machen.“

Die Forderungen der Süd-Tiroler Freiheit gehen dagegen genau in die umgekehrte Richtung und werden von Kollmann an dieser Stelle wiederholt:

Deutschsprachige Kinder haben in Süd-Tirol das Recht auf einen deutschen Kindergarten, denn das Autonomiestatut ist entsprechend einzuhalten.

Kindergartenklassen, in denen Deutsch nur noch von einer Minderheit gesprochen wird, darf es nicht geben.

An den deutschen Kindergärten muss eine Obergrenze für nicht-deutschsprachige Kinder festgelegt werden, indem diese gleichmäßig auf verschiedene Kindergärten verteilt werden und, falls erforderlich, indem weitere Kindergärten bereitgestellt werden.

Kinder, die der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind, sollen von sprachpädagogischen Fachkräften in die deutsche Sprache eingeführt werden, so dass sie dem Kindergartenunterricht leichter folgen können und diesen nicht behindern. Im Idealfall sollten die Kinder bereits vor ihrem Kindergartenentritt dieses Angebot erhalten. Darüber hinaus könnten die Kinder auch während des Unterrichts mehrmals pro Woche aus dem Kindergartenunterricht herausgenommen und in eigenen Gruppen von sprachpädagogischen Fachkräften unterrichtet werden.

Die Ressourcen zwischen dem deutschen und italienischen Schulamt sollen – im Verhältnis zur jeweiligen Stärke der Bildungseinrichtungen nach Sprachgruppen – gerechter verteilt werden, und somit müssen im konkreten Fall auch den deutschen Kindergärten mehr Ressourcen (Räumlichkeiten, Personal) zur Verfügung gestellt werden.

Cristian Kollmann, Landesleitungsmitglied der Süd-Tiroler Freiheit und Ortssprecher von Bozen

Der Andreas Hofer – Bund Tirol informiert.

Die GRÜNEN dürften wohl schon vergessen haben warum es im heutigen Landesteil Süd-Tirol überhaupt neben der deutschen und ladinischen Sprache auch die italienischen Sprache gibt: Durch einen Krieg den Italien Österreich – Ungarn erklärt hat, durch die anschließende Okkupation und Annexion, durch Gewaltherrschaft der italienischen Faschisten die nur ein Ziel kannten, nämlich die Vernichtung alles Deutschen. Auch nach 1945 im demokratischen Italien wurde es nicht viel besser und heute wird das anscheinend durch die GRÜNEN fortgesetzt.

Es ist das Verhalten der GRÜNEN als einer ihrer zahlreichen Schritte zur scheinweisen Italianisierung Süd – Tirols und somit als eine Untergrabung des Autonomiestatuts zu betrachten. Wer sich dagegen nicht wehrt geht den Schritt mit den GRÜNEN.

Ing. Winfried Matuella; Obmann Andreas Hofer Bund Tirol

Klarstellung zum Gedankenaustausch zur doppelten Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler.

(Wien/OTS) - Nachdem in diversen Medienberichten ein verzerrtes Bild des im Außenministerium stattgefundenen Termins gezeichnet wurde, sieht sich der freiheitliche Südtirolsprecher NAbg. Werner Neubauer zu einer Klarstellung veranlasst.

„Wie auch Außenministerin Kneissl mehrfach betonte, diente dieser Termin zu einem ersten gemeinsamen Gedankenaustausch zur doppelten Staatsbür-

gerschaft für Südtiroler. Es sollten alle politischen Vertreter Südtirols, Tirols sowie der Südtirolsprecher der im österreichischen Parlament vertretenen Parteien und die Gesandten der Republik Italien die Möglichkeit erhalten, eine Stellungnahme abgeben zu können“, stellte Neubauer fest. Die Absage des italienischen Botschafters lag darin begründet, weil aus der Sicht Roms die Angelegenheit der Verleihung einer Staatsbürgerschaft an Südtiroler einzig und allein zwischen Rom und Wien zu diskutieren sei und keinesfalls im Beisein von Vertretern aus Südtirol. „Diese Argumentation Italiens alleine zeigt schon auf, wie wichtig der Dialog zum Minderheitenschutz ist, der durch die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft massiv gestärkt werden würde“, so Neubauer.

„Obwohl es sich bei der Verleihung von Staatsbürgerschaften grundsätzlich um eine nationalstaatliche Angelegenheit handelt, hat Außenministerin Kneissl ganz im Sinne des europäischen Geistes auch Italien zu diesem Gedankenaustausch eingeladen“, erklärte Neubauer, der sich dabei der Position der Ministerin anschloss, einen sogenannten Trialog Wien-Rom-Bozen weiterhin aufrechtzuerhalten.

Neubauer widerspricht auch der Darstellung von Medienberichten, wonach zahlreiche Teilnehmer aus „Protest oder Desinteresse“ nicht erschienen wären - tatsächlich sind von neun im Südtiroler Landtag vertretenen Parteienvertretern sieben der Einladung nachgekommen. Nun sollen alle rechtlichen Fragen, die sich mit der doppelten

Staatsbürgerschaft verknüpfen in einer Arbeitsgruppe im Innenministerium geklärt werden, so auch die Frage nach einem möglichen Wahlrecht.

„Sämtliche Vertreter der deutschsprachigen Bevölkerung im Südtiroler Landtag bekundeten ihre Zustimmung zu diesem Anliegen. Die Südtiroler Volkspartei verfügt sogar seit dem Jahre 2012 über einen aufrechten Parteibeschluss, sich für die doppelte Staatsbürgerschaft einzusetzen. Die Vertreter der österreichischen Oppositionsparteien NEOS und Liste Pilz haben sich ebenfalls nicht dagegen ausgesprochen“.

Werner Neubauer, freihändlerischer Nationalratsabgeordneter vom österr. Nationalrat und Süd-Tirolsprecher

*

Ausstellung „Befreiungsausschuss Südtirol (BAS) – Opfer für die Freiheit“

Am 10. Mai wurde in Bozen die Dauerausstellung „Befreiungsausschuss Südtirol (BAS) – Opfer für die Freiheit“ feierlich eröffnet. Am Vormittag dieses Tages erhielt die Südtiroler Presse in Form einer Pressekonferenz die Möglichkeit, die Ausstellung zu besichtigen. Das Interesse der Presse- und Medienvertreter war groß. Neben RAI Südtirol, Kanal 112 – Alto Adige TV –, Südtirol Heute, SDF und VB 33 besichtigten Vertreter der Dolomiten, des Alto Adige, Corriere dell'Alto Adige, Salto.bz, Unser Tirol.com und der Wochenzeitschrift FF die Ausstellung, befragten die Kuratoren und machten zahlreiche Fotos.

Am Abend des 10. Mai besuchten zirka 200 geladene Gäste die feierliche Eröffnung am Gu-

merplatz. Sieben ehemalige Mitglieder des „Befreiungsausschuss Südtirol“ aus Süd- und Nordtirol sowie Deutschland, u.a. auch der Sohn des kürzlich verstorbenen Freiheitskämpfer Konrad Matuella, Klaus Matuella, waren persönlich anwesend. Zahlreiche Abgeordnete des Südtiroler Landtages, Altmandatäre und amtierende Bozner Stadträte sowie Vertreter verschiedener Parteien, unter anderem auch die Bayernpartei mit 4 Gästen u.a. dem Garmisch-Partenkirchner Kreisrat Hansjörg Barth und Hans Renner. Auch der Bundesvorsitzende des Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland Hermann Unterkircher sowie der Hauptmann der bayerischen Schützenkompanie Benediktbeuern, Stephan Schmid und Günther Schwaller von der gleichnamigen Kompanie, gaben dem Andreas Hofer-Bund Tirol als Ausstellungsträger sowie dem Südtiroler Heimatbund als Initiator der Ausstellung und dem Ausstellungsbeirat die Ehre.

Der Altlandesrat und Ausstellungsbeirat Dr. Bruno Hosp als Festredner betonte die Bedeutung des damaligen Einsatzes der BAS-Mitglieder für die Verbesserung der Situation der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols. Bereits vor und nach der feierlichen Eröffnung konnte die Ausstellung von den Gästen besucht werden.

Die Ausstellung ist von Dienstag bis Samstag von 10.00 bis 12.00 Uhr und von 15.00 bis 17.00 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Dr. Hubert Speckner/Ausstellungskurator

*

Zum Tod des ehemaligen Freiheitskämpfers Hans Auer: Abschied von einem großen Tiroler.

Mit Trauer muss der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) das Ableben eines liebenswerten Freundes und unbeugsamen Patrioten mitteilen. Der Freiheitskämpfer Hans Auer ist nicht mehr unter uns, schreibt SHB-Obmann Roland Lang in einer Aussendung mit.

Nach der Feuernacht des Jahres 1961 hatte eine riesige Verhaftungswelle die Mehrzahl der Freiheitskämpfer in die Carabinieri-Kasernen unter die Folter und später in Mailand vor Gericht gebracht. In dieser Situation fasste der junge Johann (Hans) Auer aus Sand in Taufers zusammen mit einigen Freunden den folgenschweren Beschluss, Anschläge gegen Strommasten zu begehen. Darüber hat er später Freunden gegenüber ausgesagt: *„Hätten wir und Andere den Freiheitskampf nicht fortgeführt, dann hätte die Gefahr bestanden, dass die Opfer unserer Kameraden von 1961 umsonst gewesen wären. Wir haben es als unsere Pflicht angesehen, durch die Anschläge den Druck auf die Staatsmacht und ihre Politik weiter aufrecht zu halten.“*

Im März 1967 wurde Hans Auer zusammen mit anderen jungen Pusterern verhaftet und in die Carabinieri-Kaserne von Bruneck verbracht. Was dort mit ihm und seinen Freunden geschah,

hat er später in aus dem Gefängnis geschmuggelten Briefen und in Gesprächen geschildert: Tage lang brutale Schläge, Stockhiebe, Fußtritte, herausgeschlagene Zähne, Schlafentzug, Erstickungsversuche, Blendung mit einer Quarzlampe, Durstqualen, Ausreißen eines Zehennagels.

Dazu Quälereien am Unterleib, die blutigen Urin zur Folge hatten.

Als Hans Auer viele Jahre später auf einer Veranstaltung in Österreich aus einem damaligen Folterbrief das Erlebte vorlesen sollte, verschlug es ihm angesichts der schrecklichen Erinnerungen die Sprache. Er brachte kein Wort heraus und sein Sohn Hannes musste den Brief verlesen.

Als Hans Auer zusammen mit seinen Kameraden 1969 in Bologna vor Gericht gestellt wurde, hatte er bereits Anzeige gegen seine Folterer erstattet. Dies hatte ihm eine zusätzliche Anklage wegen „Verleumdung der Carabinieri“ eingetragen. In dem Urteil, welches ihn zu 27 Jahren Haft verdammt, wurde er als Lügner hingestellt. Dass Hans Auer nicht im Gefängnis sterben musste, sondern nach einigen Jahren wieder zu seiner Familie heimkehren konnte, war einer Amnestie im Zuge der politischen „Paket“-Autonomielösung zu verdanken.

Bis zu seinem Tod nach schwerer Krankheit hat Hans Auer unwandelbar zu seiner Heimat

und deren Recht auf Freiheit gestanden. Wir verneigen uns vor diesem großen Sohn Tirols und den großen Opfern, die er erbracht hat.

Gemeinsam mit den Familienangehörigen begleiteten wir den Freiheitskämpfer Hans Auer am Freitag, den 29. Juni, von der Kirche in Mühlen ausgehend, zum Trauergottesdienst in die Pfarrkirche von Taufers, mit anschließender Beerdigung im Ortsfriedhof.

Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB)

✱

AHB Tirol

Die Vereinszusammenkünfte finden immer am 2. Samstag im Monat, um 19:30 Uhr, im Gasthof Sailer, Adamgasse 8, in Innsbruck statt.

✱

Wenn Sie Interesse an der politischen und kulturellen Lage in Südtirol haben dann setzen Sie sich bitte mit den Andreas Hofer Bund e.V. in Verbindung:

Andreas Hofer Bund e.V.
Deutschland, Postfach 1116;
82451 Garmisch-Partenkirchen
oder über E-Post: Schriftleitung-Bergfeuer@web.de, oder AHB-ev@gmx.de

✱

Unterstützen Sie den Volkstumskampf unserer Landsleute im südlichen Teil Tirols und werden Sie Mitglied im Andreas Hofer Bund Deutschland e.V.

Redaktionsschluss für das nächste Berg-Feuer 4/2018 ist Montag, der 15. Oktober 2018

Impressum: Herausgeber und Verleger: Andreas-Hofer-Bund e.V., Bundesleitung, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen
Der Andreas-Hofer-Bund ist parteipolitisch neutral. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anschrift und Schriftleitung: Berg-Feuer, Hermann Unterkircher, 82467 Garmisch-Partenkirchen, Fax: 08821-946 1551

E-Mail: Schriftleitung-Bergfeuer@web.de

Verantwortlich i.S.d.P.: Bundesvorsitzender Hermann Unterkircher, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen

Druck: Kopierzentrum Homburg, Talstraße 53, 66424 Homburg, Fax.: 0 68 41 / 120 006

Bankverbindung: Postbank München: IBAN: DE58 7001 0080 0054 1008 01; BIC: PBNKDEFF